

Einkommens- und Vermögensverteilung & die Krise

Vortrag am 16. 11. 2011 von Mag.a Silvia Angelo: sie leitet die wirtschaftspolitische Abteilung der Arbeiterkammer Wien, die sich vor allem mit Strukturpolitik beschäftigt, darunter auch mit der Finanzmarktregulierung.

Zusammenfassung:

In den Industrieländern ist eine steigende Ungleichheit der Einkommen und eine immer größere Konzentration des Vermögens festzustellen. Dies sind Mitursachen für die Wirtschaftskrise, die nun massive Auswirkungen auf die Strukturpolitik hat. Eine Verringerung des staatlichen Leistungsangebots trifft vorwiegend Arme, wogegen Steuersenkungen in erster Linie hohe Einkommen entlasten. Von den ausgabenseitigen Sparmaßnahmen, wie sie die Schuldenbremse voraussichtlich bedeutet, sind Frauen besonders betroffen. Eine gleiche Verteilung der Einkommen wäre die beste Prävention für die Krise gewesen.

Mehr zum Thema:

Für die aktuelle Krise gibt es drei Hauptursachen: die steigende soziale Ungleichheit in den Industriestaaten, die Ungleichgewichte zwischen den Staaten und die Unvernunft der Finanzmärkte, ermöglicht durch die Deregulierung.

Einkommen lässt sich auf persönlicher und funktioneller Ebene vergleichen: Das jeweilige persönliche Primäreinkommen (Gehalt, Lohn) ist den Daten der Sozialversicherungs- und Einkommenssteuerstatistik zu entnehmen, das sekundäre Einkommen ergibt sich aus Steuern und Transferleistungen. Das Vermögen (v. a. Aktien, Unternehmensbesitz, Immobilien) ist volkswirtschaftlich nur sehr schwer zu erheben; die besten Daten liefern noch die Österreichische Nationalbank und die Europäische Zentralbank – allerdings aus (standardisierten) Befragungen, d. h. vieles wird hier nicht angegeben.

Die funktionelle Einkommensverteilung vergleicht das Arbeitseinkommen im Vergleich zum Kapitaleinkommen. Es zeigt sich in allen Industrieländern eine steigende Ungleichheit der Einkommen und eine immer größere Konzentration des Vermögens. Als Folgewirkung wurden für Reiche neue Finanzprodukte geschaffen, um noch höhere Renditen zu erwirtschaften. Ärmere Menschen verschuldeten sich, kauften etwa in den USA Häuser als Vorsorge für die Zeit ihres niedrigen Pensionseinkommens. Ihre Kredite und Hypotheken wurden auch in Finanzprodukte verpackt. Aus etlichen Finanzprodukten entstanden Blasen. Die Realwirtschaft kann mit dem Tempo und den Renditen der Finanzmärkte nicht mehr mithalten. Heute wird das 41-fache Volumen an Rohstoffen gehandelt als noch vor 10 Jahren, Gewinne und Verluste sind nicht mehr realen Werten entsprechend.

Ungleichheit lässt sich z.B. mit dem Gini-Koeffizienten messen: Die Werte zwischen 0 und 1 geben an, wie weit alle dasselbe Einkommen haben (=0) bzw. alles Einkommen auf eine Person konzentriert ist (=1), d. h. je höher, desto mehr Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient für Österreich stieg von 0,349 im Jahr 1976 auf 0,448 im Jahr 2008, die größten Unterschiede sind in den obersten und untersten Einkommen zu verzeichnen. Eine gute Informationsquelle mit Analysen ist der österreichische Sozialbericht des BMASK.

Die Einkommensverteilung zeigt, dass Frauen nach wie vor benachteiligt sind. Obwohl die Unterschiede etwas geringer geworden sind, betrug das gesamte Fraueneinkommen auch 2008 nur zwei Drittel des Männereinkommens. Vom gesamten österreichischen Vermögen konzentriert sich ein Drittel auf die obersten 1% Reichen, ebenfalls ein Drittel auf die Wohlhabenden 2-10%, die restlichen 90% besitzen gemeinsam nur ein Drittel des Gesamtvermögens. Vom Immobilienvermögen, das NICHT eigener Hauptwohnsitz ist, besitzen die Obersten 10% ganze 85%, die unteren 50 % besitzen davon nur 1%. „Häuslbauer“ spielen daher in der Vermögensdiskussion lediglich eine emotionale Rolle.

Die Staatseinnahmen über Steuern und Abgaben haben in Österreich kaum eine umverteilende Wirkung (vgl. Studie A. Guger, WIFO). Die Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen erfolgt über die Staatsausgaben, besonders über Sozial- und Notstandshilfe, Arbeitslosengelder und Wohnbeihilfen. Auch die Familien-, Bildungs- und Gesundheitsausgaben wirken deutlich progressiv. Eine Verringerung des staatlichen Leistungsangebots betrifft daher vorwiegend Arme, wogegen Steuersenkungen in erster Linie hohe Einkommen entlasten. Eine Schuldenbremse, die vorwiegend über Sparpakete wirksam wird, trifft vor allem Arme.

In Österreich sind die Lohnquoten (also der Anteil der Löhne am Volkseinkommen) in den letzten 20 Jahren deutlich gesunken. Der Druck auf die Löhne entstand durch die steigende Arbeitslosigkeit, die auch weniger Macht für die Gewerkschaften bedeutet, und durch die starke Exportorientierung. Parallel dazu ist das Vermögenseinkommen gestiegen und die Krise bewirkte geringere Gewinne. Da sich Löhne direkt auf die Kaufkraft auswirken, stabilisierten die guten Lohnabschlüsse aus 2009 die Konsumnachfrage. Obwohl die Bruttolöhne 1995-2008 um 2,2% gestiegen sind, bewirkten höhere Abgaben und Inflation ein Absinken der Nettolöhne im selben Zeitraum um 2,6%. Steuerlich tragen die unselbständig Beschäftigten die Hauptlast der Finanzierung des Staates und der Krise.

Global bedeutet der Exporterfolg eines Landes ein Leistungsbilanzdefizit für andere Länder. Vom starken Konsum in den USA, der dort auch mit Verschuldung der privaten Haushalte einherging, profitierten vor allem auch die europäischen Exportländer.

Die Prognose für 2012 lässt erwarten, dass die Wirtschaft zwar fast stagniert (BIP +0,8%) der private Konsum in Österreich jedoch sehr stabil ist. Prognosen und öffentliche Aussagen schüren auch immer Erwartungen, die sich dann real auswirken. Die Schuldenbremse wird nicht die Verursacher zur Verantwortung ziehen, sondern den Sozialstaat weiter bremsen. Einzufordern ist ein Umbau des österreichischen Steuersystems zu einer gerechteren Verteilung. Aufzulösen wäre der Widerspruch von starker Besteuerung auf Arbeitseinkommen und Konsum und niedriger Besteuerung von Kapitaleinkommen und Vermögen.

Aus der Diskussion:

„Null-Defizit“ ist kein echtes wirtschaftspolitisch es Ziel oder gar eine Vision wie etwa Steigerung des BIP, Reduktion der Arbeitslosigkeit, Steigerung der Bildungsausgaben, Armutsbekämpfung, etc. Die Schuldenbremse lässt daher offen, was mit dem zur Verfügung stehenden Geld getan werden soll: Geld sollte Mittel sein, nicht Zweck. Die Verankerung in der Verfassung ist eine mediale Inszenierung, die eine Lösung suggeriert. Die Schuldenbremse wird sich vor allem ausgabenseitig auswirken und daher vermehrt auch Frauen treffen. Einnahmenseitige Maßnahmen würden hingegen eher Männer betreffen.

Nicht nur Sozialausgaben, auch Infrastrukturausgaben kommen tendenziell Ärmeren zugute, die sich Bildung, Transport etc. sonst nicht leisten könnten.

Aus vielen Ländern transferieren Reiche ihr Vermögen, um Steuern zu hinterziehen. Dies ist nur möglich, weil immer noch Steueroasen bestehen und es kaum Strafen oder Sozialächtung gibt.

In Österreich gibt es Höchstbeiträge für die Sozialversicherungsbeiträge. Dies entspricht der Deckelung der Leistungen (Pension, Arbeitslosengeld; nicht bei Krankenversicherung). Das Aufheben der Obergrenzen der SV trotz gedeckelter Leistungen bräuchte einen gesellschaftlichen Konsens.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde starkes commitment und Vertrauen zum Staat voraussetzen. Es besteht Gefahr, dass Frauen aus ihren Berufen gedrängt würden (siehe auch Literaturhinweis). Erwerbsarbeit ist besonders für Frauen wichtig zur Integration in die Gesellschaft. In Österreich gab es über die Jahre sehr viele Änderungen in der Familienpolitik, der Zugang ist eher ideologisch als pragmatisch.

Der „New Deal“ von US-Präsident Roosevelt in den 30er-Jahren bewirkte Konjunkturimpulse, Umverteilungsmaßnahmen und eine starke Finanzmarktregulierung, die zum Teil bis in die 90er Jahre wirksam waren. Als Vorbild für heute ist der New Deal nur beschränkt brauchbar, weil sich System und Tempo so stark geändert haben.

Literatur:

*Sozialbericht 2009-2010. BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.
<http://www.bmask.gv.at/cms/site/dokument.html?channel=CH0107&doc=CMS1289832560842>*

*Guger, A., Agwi, M., Buxbaum, A., Festl, E., Knittler, K., Halsmayer, V., Pitlik, H., Sturm, S., Wüger, M., Umverteilung durch den Staat in Österreich, WIFO, Wien, 2009.
http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36801&typeid=8&display_mode=2.*

*Der Streit ums Grundeinkommen. Ö1 Salzburger Nachtstudio, 16.11.2011, 21.00.
<http://oe1.orf.at/programm/288562>*

Protokoll: Barbara Streicher